

Von Zügen zu Panzern

Gegenkonversionen wälzen die Industrielandschaft um

von Martin Kirsch

Unter dem Begriff der Gegenkonversion – der Umwidmung von einer zivilen zu einer militärischen Nutzung – wurde bislang vor allem die neue Verwendung vormals ziviler Liegenschaften durch das Militär verstanden (siehe IMI-Studie 2018/03).

Der am 5. Februar 2025 erfolgte Besuch des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Görlitz steht angesichts der dort bevorstehenden Übergabe eines Werkes des Waggonherstellers Alstom an den Panzerbauer KNDS für einen doppelten Wandel. Erstens tritt hier die Ausweitung der Gegenkonversion auf den bisher weitgehend verschont gebliebenen Industriebereich deutlich zu Tage. Und zweitens handelt es sich dabei nicht um einen Einzelfall, wie im Folgenden anhand einiger weiterer Beispiele gezeigt werden soll, die zusammengenommen womöglich Vorboten eines tiefgreifenden Wandels der deutschen Industrielandschaft sind.

Vom Kreuzfahrt- zum Kriegsschiff

Im Jahr 2022 wurde die Konkursmasse der MV Werften-Gruppe mit Standorten in Wismar, Rostock-Warnemünde und Stralsund verscherbelt. Den Standort in Rostock-Warnemünde übernahm die Bundeswehr direkt, Kostenpunkt 87 Mio. Euro, wobei mindestens 500 der zuvor 600 Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen (Ostsee-Zeitung, 7.7.2022). Die feierliche Bundeswehr-Übernahme erfolgte dann am 11. Januar 2023 und wurde von der Truppe als „zielstrebiges Handeln in der Zeitenwende“ gefeiert. Gleichzeitig wurde die damalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht dazu folgendermaßen zitiert: „Es kommt nicht oft vor, dass eine Verteidigungsministerin den Kauf einer Werft verantwortet. Das war schon ein ganz besonderer Moment, als wir das erste Mal im Ministerium zusammensaßen und diese Idee diskutiert haben. Die Vorteile lagen ganz schnell auf der Hand.“ (bmvg.de, 11.1.2023)

Den Standort Wismar verleihte sich wiederum ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) ein (den dritten Standort erwarb die Stadt Stralsund). An Auslastung dürfte kein Mangel herrschen: Ende 2024 bewilligte der Bun-

destag die Gelder für den Bau von vier U-Booten 212 CD für 4,7 Mrd. Euro (womöglich kommt auch noch die Fertigung von Norwegen bestellter U-Boote desselben Typs hinzu). Daraufhin kündigte das Unternehmen im Januar 2025 an, 220 Millionen Euro in den Ausbau des Werkes in Wismar zu investieren (hartpunkt.de, 17.1.2025). Ebenfalls zum Jahresende wurde zudem eine erste Finanzierung in Höhe von 44,5 Mio. Euro für den möglichen Bau der neuen Fregattengeneration F-127 bewilligt. Noch ist unklar, ob und, wenn ja, wie viele dieser für Großmachtkonflikte konzipierten Schiffe gebaut werden sollen. Die Rede ist entweder von vier (Kostenpunkt 7,5 Mrd. Euro) oder acht (15 Mrd. Euro) Fregatten (defence-network, 12.12.2024). Obwohl also noch viele Fragen offen sind, liegt TKMS wohl gut im Rennen und würde im Falle des Zuschlags laut Aussagen von CEO Oliver Burkhard drei der vier Schiffe in Wismar bauen lassen (hartpunkt.de, 17.1.2025).

Auch bei zwei weiteren bislang zivilen Werften steigen nun Unternehmen mit substantiellen Anteilen im Rüstungsgeschäft ein: „Die beiden insolventen schleswig-holsteinischen Werften FSG und Nobiskrug werden neue Eigentümer bekommen. Wie der Insolvenzverwalter heute mitteilte, wird die FSG von der Heinrich Rönner Gruppe aus Bremerhaven und Nobiskrug von der Lürssen-Werft aus Bremen übernommen.“ (hartpunkt.de, 31.1.2025) Und bei der im September 2024 erfolgten staatlichen „Rettung“ der Meyer Werft in Papenburg, an der Bund und Land 80 Prozent übernahmen, dürften militärische Überlegungen höchstwahrscheinlich ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben: „Doch einiges deutet darauf hin, dass die Bundesregierung mit der einstweiligen Übernahme der Meyer Werft noch anderes im Schilde führt. [...] Die Meyer Werft hat während der Coronakrise den Auftrag erhalten, zwei Marine-Tanker für die die Bundesmarine zu bauen. Das erste dieser Schiffe soll 2025 fertig sein. [Nun] zeichnet sich eine Kooperation oder Fusion mit thyssenkrupp Marine Systems ab.“ (focus.de, 4.9.2024)

Schaufenster eines Büros für
Kriegsanleihen in Boston USA 1942 –
Suffolk federal savings war bond center.
Foto: Merrill Richards, Digital
Commonwealth.



Vom Auto zur Rüstung

Bereits im Mai 2022 titelte die Automobilwoche: „Angesichts der frischen Milliarden für die Bundeswehr sucht die Rüstungsindustrie in Deutschland händeringend nach qualifizierten Fachleuten. Fündig wird sie vor allem in der Automobilbranche, die selber unter Fachkräftemangel leidet.“ Eine deutlich bessere Bezahlung und das inzwischen positivere Image der Branche hätten zur Folge, dass die Rüstungsindustrie – unterstützt mit den Milliardenbeträgen der Zeitenwende – erfolgreich Personal abwerbe: „Unternehmen aus der Rüstungsindustrie schreiben bereits verstärkt Positionen aus, um mit schnellem Personal aufbau auf das Investitionsprogramm der Bundesregierung reagieren zu können“, wird ein Münchener Personalberater zitiert (ebd.).

Seither hat sich die Situation mit der verschärften Krise der Automobilbranche weiter zugespitzt, was sich nicht zuletzt anhand von Mitteilungen zeigt, der Radarhersteller Hensoldt wolle in Wetzlar Mitarbeiter des Reifenherstellers Continental übernehmen (handelsblatt.de, 31.1.2025). Eine formale Kooperation ist Continental sogar mit dem großen deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall eingegangen. Eine Pressemitteilung von Rheinmetall beschrieb die Zusammenarbeit am 14. Juni 2024 wie folgt: „Ziel der Vereinbarung ist es, den in den nächsten Jahren stark wachsenden Personalbedarf von Rheinmetall teilweise durch die von der Transformation betroffenen Beschäftigten von Continental zu decken. [...] Continental und Rheinmetall beginnen zu diesem Zweck so früh wie möglich mit einer Zusammenarbeit. So sollen zum Beispiel bis zu 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Continental-Standorts in Gifhorn eine Beschäftigungsperspektive bei Rheinmetall im niedersächsischen Untertüß, rund 55 Kilometer nördlich von Gifhorn, finden. An weiteren deutschen Standorten werden zudem Veranstaltungen organisiert, sodass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über berufliche Perspektiven bei Rheinmetall informieren können.“

Daneben kommt es auch zu konzerninternen Umschichtungen von zivilen hin zu militärischen Unterneh-

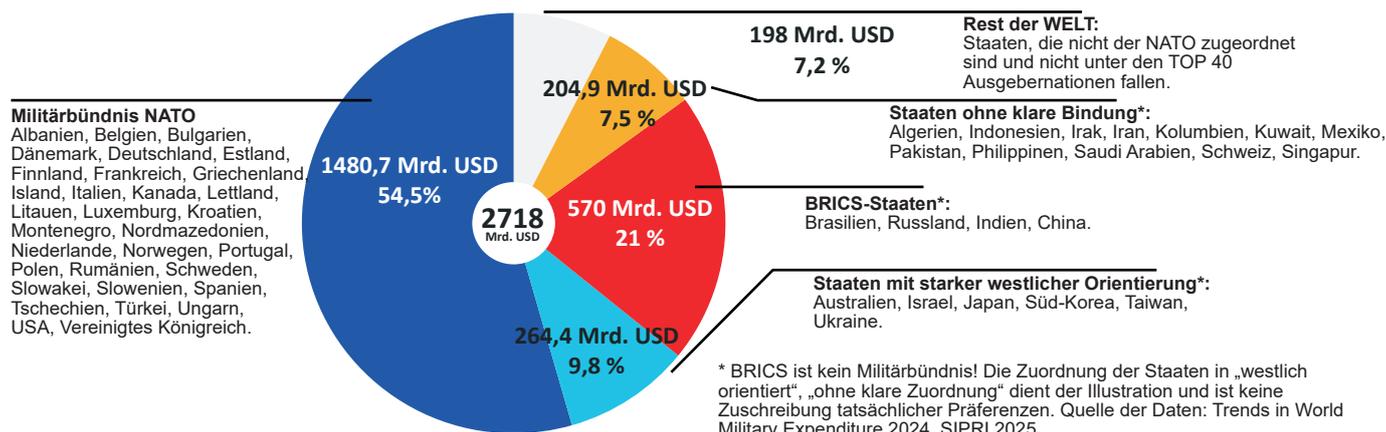
menssparten. Auch hier ist Rheinmetall ganz vorne mit dabei, indem zum Beispiel angekündigt wurde, zwei vormals für den zivilen Fahrzeugbau produzierende Werke in Berlin und Neuss würden auf Militärproduktion umgestellt (n-tv, 24.2.2025). Und es zeichnet sich auch ab, dass der Konzern dabei ist, sich vormals von der Autoindustrie betriebene neue Standorte unter den Nagel zu reißen. Nachdem VW-Chef Oliver Blume andeutete, man könne sich den Einstieg in den Bau von Militärfahrzeugen vorstellen (siehe IMI-Aktuell 2025/137), ließ sich Rheinmetall-Chef Armin Papperger nicht zweimal bitten und brachte gleich einen konkreten Standort ins Spiel: „Das VW-Werk in Osnabrück steht auf der Streichliste von Volkswagen. Nun gibt es eine neue Perspektive für den Standort: als Rüstungsfabrik. [...] Konkrete Konzepte gebe es nicht, so Papperger, aber das VW-Werk in Osnabrück sei gut geeignet, um dort zum Beispiel militärische Fahrzeuge herzustellen.“ (ndr.de, 13.3.2025)

Für diese Entwicklungen prägte Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, das Schlagwort „Autos zu Rüstung“: „Aktuell bietet das Freiwerden von Ressourcen im Automobil- und Automobilzulieferbereich in Deutschland besondere Chancen, Rüstungskapazitäten gerade im Bereich größerer Serien schnell hochzufahren. Das Motto könne lauten: ‚Autos zu Rüstung‘! Anstatt einen volkswirtschaftlichen Schaden durch den Abschwung der Auto-Konjunktur zu beklagen, sollten wir versuchen, Produktionseinrichtungen und vor allem Fachkräfte aus dem Automobilsektor möglichst verträglich in den Defence-Bereich zu überführen.“ (Welt, 7.3.2025)

Vom Zugbau zur Panzerfabrik

Ziel des Kanzlerbesuchs in Görlitz Anfang des Jahres war es augenscheinlich, einer direkten Umwidmung der zivilen Produktionsstätte von Alstom in einen Standort von KNDS politische Rückendeckung zu verschaffen. Nachdem Alstom 2021 Bombardier übernommen hatte, teilte das Unternehmen im Oktober 2024 mit, es sehe für das

Globale Militärausgaben 2024



Grafik: IMI.

Werk in Görlitz keine Perspektive mehr. Über 175 Jahre waren in Görlitz Bahnwaggons gefertigt worden, man zog „einen Schlussstrich unter dieses Kapitel Industriegeschichte“ (nd, 3.2.2025).

KNDS bietet eine breite Panzerpalette an, die künftig in Teilen in Görlitz gefertigt werden soll: „Die KDNS [sic!] Deutschland GmbH & Co. KG plant in Görlitz unter anderem die Produktion verschiedener Baugruppen für den Kampfpanzer Leopard 2 und den Schützenpanzer Puma. Außerdem sollen Module für verschiedene Varianten des Radpanzers Boxer gefertigt werden.“ (mdr.de, 5.2.2025) Von den 700 Beschäftigten will KNDS wohl 350 bis 400 am Standort Görlitz übernehmen und bis zu 75 weitere in andere KNDS-Werke vermitteln (tageschau.de, 5.2.2025). Investieren wolle der Konzern am Standort Görlitz einen hohen zweistelligen Millionenbetrag (Spiegel Online, 1.2.2025).

Die Tatsache, dass die Pläne nun öffentlichkeitswirksam mitten im Wahlkampf präsentiert wurden, deutet auf die Popularität der Maßnahme hin. Es gab allerdings auch einige kritische Stimmen, die auf den grundsätzlichen Charakter dieser und anderer Entwicklungen hinweisen: „Für die Linke warnte Kreischef Mirko Schultze, die Region werde »stetig, aber sicher kriegstüchtig gemacht«. Der Truppenübungsplatz Oberlausitz werde für Manöver genutzt, auf der Bahnmagistrale durch Görlitz »fahren Panzer gen Osten«, nun komme ein Rüstungsbetrieb dazu. Die Fähigkeiten der Waggonbauer würden dringender benötigt, »um die Verkehrswende hinzubekommen und die Klimakrise anzugehen.«“ (ebd.)

Fazit: Rüstung und Industrie im Wandel

Anfang 2024 wurde auf europäischer Ebene eine Verteidigungsindustriestrategie (EDIS) und ein entsprechendes Investitionsprogramm (EDIP) durch die Kommission vorgelegt (siehe den Beitrag von Özlem Demirel). Hierzulande wurden im Dezember 2024 eine Nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategie präsentiert, die es ebenfalls in sich hat (siehe den Beitrag von Andreas Sei-

fert und Jürgen Wagner). Beide setzen auf verschiedenste Maßnahmen zur Ankurbelung der Rüstungsproduktion, die eine Verschiebung in Richtung Kriegswirtschaft nach sich ziehen.

Die hier beschriebenen Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, im Gegenteil lassen sich sicher viele weitere finden. So entdecken auch immer mehr vormals rein zivile Firmen ihr Herz für die Rüstung (und die dort zu verdienenden Milliarden), etwa der Vileda-Hersteller Freudenberg, der nach der Beschäftigung von Zwangsarbeitern zur Rüstungsproduktion im Zweiten Weltkrieg in den Statuten des Familienunternehmens Zulieferungen für die Verteidigungsindustrie bislang untersagte. Nun wird aber Firmenchef Mohsen Sohi mit den Worten zitiert: „Das Thema muss besprochen werden. [...] Ich kann mir mit unseren 42 Marktsegmenten nicht vorstellen, dass wir nicht von dem geplanten Sondervermögen in Deutschland profitieren werden.“ (handelsblatt.de, 20.3.2025) Und auch beim Ditzinger Laserkonzern Trumpf, der in seiner 102jährigen Unternehmensgeschichte mit Rüstung bislang nichts am Hut hatte, faselt Aufsichtsratschef Peter Leibinger inzwischen davon, man müsse seinen „nötigen Beitrag zu einer wehrhaften Demokratie neu bewerten und damit den Wert der Verteidigungsfähigkeit und der notwendigen Güter innerlich bejahen“ (Schwarzwälder Bote, 15.2.2025).

Die hier präsentierte – und wie gesagt sicher nicht vollständige – Zahl an Beispielen kann wohl als Muster bezeichnet werden: Das Zeitalter der (erhofften) Rüstungskonversion ist offensichtlich vorbei. Im Gegenteil labt sich die stetig wachsende und von massiven Förderböpfen von Bundesregierung und EU gepamperte Rüstungsindustrie an zivilen Sektoren. Mittel aus Sondervermögen und EU-Rüstungstöpfen stärken die Rüstungsindustrie, während die Förderung für E-Autos, ÖPNV, Deutschlandticket, usw. gestrichen oder nicht weiter aufgelegt werden. Die politischen Prioritäten und die daran geknüpften Geldflüsse zeigen ihre Wirkung jetzt ganz praktisch. Es wandelt sich etwas in der deutschen Industrielandschaft!